

Die letzte Generation – Teil 48

<https://www.youtube.com/watch?v=J7do1MTqPjo>

1. Februar 2016

Das Scharia-Blasphemie-Gesetz und inländischer Terrorismus und biblische Endzeit-Prophetie – Teil 10

<http://www.ibtimes.com/saudi-arabia-suggests-global-internet-regulations-preserve-public-order-845179>

12. Oktober 2010

Saudi Arabien schlägt GLOBALE Internet-Bestimmungen vor, um die „öffentliche Ordnung“ zu bewahren

Als ein anti-islamisches Video über die muslimische Welt im September 2010 im Internet veröffentlicht wurde, warf dies neue Fragen über die Rolle des Internets in einer geteilten Gesellschaft auf:

- Wie kann man ein Medium regulieren, das globale Kommunikationslinien öffnet?
- Was passiert, wenn Beiträge, die in einem Land akzeptabel sind, in einem anderen Land als Blasphemie angesehen werden?
- Und wenn Redefreiheit zu einem Verlust von Menschenleben führt, sollte sie dann eingeschränkt werden?

Das Königreich von Saudi Arabien ist eines der vielen Nationen, die nach Antworten auf diese schwierigen Fragen suchen. Und als eines der am stärksten kontrollierten und konservativsten muslimischen Länder der Erde ist es sehr an diesem Thema interessiert.

Das Königreich hat bereits zu einer internationalen Diskussion aufgerufen, neue Richtlinien für den Internet-Zugang zu schaffen. Dies zeigt eine weitere neue Bemühung von Saudi Arabien auf. Das Königreich hatte bereits drastische Maßnahmen im eigenen Land durchgeführt, um die freie Kommunikation einzuschränken.

Internet-Zensur in Saudi Arabien

Der Aufruhr begann im September 2010, als ein Google (Nadaq:GOOG)-YouTube-Clip, produziert in Amerika, ins Arabische synchronisiert und im Mittleren Osten schnell bekannt wurde. Dieses Video mit dem Titel „Innocence of Muslims“ (Die Unschuld der Muslime) war von einem ägyptischen koptischen Christen, der in Kalifornien lebt, produziert worden.

Der 55 Jahre alte Mark Bassele Youssef – der sich einst Nakoula Basseley Nakoula nannte - hatte dieses Video unter dem Pseudonym Sam Bacile veröffentlicht. Der Clip wurde erstmals im Juli 2010 ins Netz gestellt. In diesem Film wird Mohammed, der Prophet des Islam, als Hanswurst gezeigt, der sexuell pervers ist. Daraufhin gab es heftige Proteste in Bangladesch, im Sudan und in Oman. Dutzende Menschen starben als Folge der sich anschließenden Kämpfe.

Die saudische Regierung verlangte, dass Google den Zugang zu diesem Video für die saudische Bevölkerung blockieren sollte. Google entsprach am 19. September 2010 dieser Forderung und hatte dieses Video zuvor aber schon für Libyen, Ägypten, Indien und Indonesien gesperrt.

Für Saudi Arabien war das nichts Neues. Hunderttausende von URLs waren schon von inländischen Telekommunikations-Gesellschaften blockiert, einschließlich der unmoralischen Webseiten, die pornografisches Material veröffentlichen und derjenigen, welche angeblich eine Gefährdung der nationalen Sicherheit darstellen.

Diese Internet-Zensur ist Teil des Versuchs des Königreichs, seine nationalen Medien mundtot zu machen. Überall haben sich seit der bekannten Revolution „Arabischer Frühling“ von 2011 die Verbote verschlimmert. Im Nachbarstaat Bahrain war diese Revolution aber nicht erfolgreich.

Saudi Arabien will Ausweitung der Internet-Zensur auf andere Länder durchsetzen

Saudi Arabien sucht jetzt nach einer weitgehenderen Methode – nicht nur um sein Volk davon abzuhalten, den Film „Innocence of Muslims“ anzuschauen, sondern ähnliche Fälle in Zukunft zu vermeiden.

Dabei hat das Land das „World Telecommunication/Information and Communication Technology Policy Forum“ (WTPF = Technisch-politisches Forum für Welt-Telekommunikation und Information) im Blick. Diese jährliche Versammlung wird von der Internationalen Fernmeldeunion (ITU), ein Zweig der UNO abgehalten. Im Jahr 2011 sollte die nächste Versammlung in Genf stattfinden. Dazu hatte die ITU die notwendigen Dokumente vorbereitet. Eines davon ist der Bericht des Generalsekretärs, in dem es heißt:

„Ziel ist es, eine Diskussionsbasis für das Politische Forum zu schaffen, wozu auch die Beiträge der ITU-Mitgliedsstaaten und Branchen-Mitglieder gehören.“

Drei Kopien dieses ausführlichen Berichts waren dann einmal schon vorab an die teilnehmenden Länder versandt worden. Als Saudi Arabien seine Kopie

am 7. Juli 2010 erhielt, erhoben die Vertreter Einwände gegen einen Satz in Abschnitt 7, in dem es heißt:

„Einige Mitgliedsstaaten sind der Ansicht, dass das Internet, als ein dezentralisiertes und offenes System, den Bürgern der Welt erlauben muss, sich frei miteinander zu verbinden und sich im Einklang mit den grundsätzlichen Prinzipien der Ausdrucksfreiheit zu äußern, während sie Folgendes beachten:

- **Die nationale Sicherheit**
- **Die staatliche Ordnung**
- **Die öffentliche Gesundheit**
- **Die allgemeinen moralischen Werte“**

Lektoren in Saudi Arabien markierten diese Stelle im Text und fügten einen langen Kommentar am Rand hinzu. Diese abgeänderte Version schickten sie am 1. August 2010 zurück an die ITU. Der Kommentar lautete:

„Angesichts der Tatsache, dass Länder ihre eigenen Gesetze nicht in einem anderen Land anwenden können, besteht eine dringende Notwendigkeit für die internationale Zusammenarbeit, 'Ausdrucksfreiheit' anzugehen, welche ganz klar gegen die öffentliche Ordnung verstößt.“

Dann wurde das Video „Innocence of Muslims“ gebrandmarkt und angemerkt, dass dieses „mit der Absicht produziert wurde, um Hass zu schüren“. Am Schluss heißt es in diesem saudischen Kommentar:

„Dieses Verhalten muss von Staaten in einem zusammenarbeitenden Umfeld angegangen werden, wobei die Notwendigkeit eines verbesserten Zusammenwirkens hervorgehoben werden muss.“

Es ist wichtig anzumerken, dass das Wort „Zensur“ nicht ein einziges Mal in dem gesamten 27-seitigen Bericht vorkommt; auch nicht in dem Kommentar, den Saudi Arabien dazu gemacht hat. Bis zum Jahr 2011 blieben die Empfehlungen von Saudi Arabien noch vage Umrisse, zu denen es noch keine konkreten Pläne gab.

Dieser Kommentar signalisierte lediglich ein größeres Interesse, sich der globalen Diskussion im Hinblick auf Internet-Bestimmungen anzuschließen, was das WTPF ohnehin vorhatte.

Wenn Saudi Arabien strenge Bestimmungen zur Redefreiheit fordert, ist es dennoch unwahrscheinlich, dass beim WTPF gleich Veränderungen im Hinblick auf Kontrolle, so wie es die saudische Regierung wünscht,

durchgeführt werden. Doch wenn man dazu eine globale Konversation anregt, werden dabei sicherlich wichtige neue Kommunikationslinien gezogen werden. Vielleicht führt das auch zu ermutigenden Erneuerungen, die von jenen durchgesetzt werden, die gegen die strengen Kontrollen der Gesellschaft, wie von Saudi Arabien vorgeschlagen, sind.

Derzeit ist das Land dabei, die Macht seiner Religionspolizei, der Kommission für die Förderung und Bewahrung der Tugend, die *mutawa*, einzuschränken. Diese Polizei, welche darauf achtet, dass die strengen Kleidervorschriften eingehalten und die Saudis verfolgt werden, die ein mutmaßliches sündiges Verhalten an den Tag legen, wird sich mit neuen Regeln auseinandersetzen müssen und davon absehen, Verhaftungen und Razzien durchzuführen. So sagte es jedenfalls der Gruppenführer Abdul Latif Abdul Aziz al-Sheikh am 3. Oktober 2010.

Diese Neuerungen bedeuten aber noch keine Veränderungen, was die Redefreiheit in Saudi Arabien anbelangt – bei weitem nicht; doch sie könnten ein frühes Zeichen für ein aufkommendes Muster sein. Obwohl es zensiert ist, hat das Internet bereits einen freieren Austausch von Ideen in Saudi Arabien ermöglicht, wie es in der modernen Zeit noch nie zuvor der Fall gewesen ist. Und dieser Trend scheint sich fortzusetzen.

Beim WTPF wird Saudi Arabien die Gelegenheit gegeben, seine Besorgnis auf einem internationalen Forum zum Ausdruck zu bringen. Die Welt wird abwarten müssen, wie das Versprechen einer globalen Telekommunikation bei gleichzeitiger Existenz mit abweichenden kulturellen Normen in den verschiedenen Ländern auf dem Globus eingelöst werden kann.

Ende des Artikels

Weiter mit dem Video

Sogar Internet-Benutzer werden jetzt der Blasphemie bezichtigt und „inländische Terroristen“ genannt. Das ist das Modell, welches für den „inländischen Terrorismus“ eingeführt wird.

<http://www.foxnews.com/world/2015/01/20/saudi-arabia-free-speech-crackdown-linked-to-war-on-terror-and-critical-support.html>
20. Januar 2015

Das harte Durchgreifen von Saudi Arabien im Hinblick auf die Redefreiheit geht mit Krieg gegen den Terrorismus und mit starker Unterstützung der Kleriker einher

DUBAI, Vereinigte Arabische Emirate – Einem Mann wurden auf einem öffentlichen Platz 50 Peitschenhiebe verabreicht, weil er auf einem liberalen Internet-Blog den „Islam beleidigt“ hat. Ein anderer wurde verhaftet, weil er die öffentliche Enthauptung einer Frau gefilmt und diesen Film dann ins Internet gestellt hatte. Zwei Frauen wurden inhaftiert und vor Gericht gebracht, weil sie auf Twitter geschrieben hatten, dass sie sich dafür einsetzen würden, dass Frauen am Steuer eines Autos sitzen dürfen.

Diese Fälle haben die Vorgeschichte Saudi Arabiens im Hinblick auf die Menschenrechte wieder ins Rampenlicht gestellt. International ist man sehr besorgt über die Einschränkungen der Redefreiheit in der arabischen Monarchie.

Menschenrechts-Aktivisten und Rechtsanwälte sehen die Fälle als Teil eines dramatischen, rigorosen Durchgreifens gegen Widerständler, das sich seit den Unruhen des „Arabischen Frühling“ im Jahr 2011 intensiviert hat. Sie sagen, dass Aktionen, welche die religiösen Linientreuen oder die Kritik des Königreichs hervorrufen – wie zum Beispiel das Video über die Hinrichtung, welches von vielen angeschaut worden war, bevor es vom Netz genommen wurde – dazu geführt haben, dass Menschen, im Gefängnis gelandet sind. Das sollte für den Rest der Bevölkerung als Warnung dienen.

Der Fall von Raif_Badawi, einem 31-jährigen Vater von drei Kindern, der im Januar 2015 ausgepeitscht wurde, hat am meisten für Aufmerksamkeit gesorgt, besonders nach dem tödlichen Anschlag in Paris auf das Satire-Magazin „Charlie Hebdo“, welches den Propheten Mohammed karikiert hatte.

Badawi war im Jahr 2012 verhaftet worden, weil er in seinem Internet-Blog „Free Saudi Liberals“ (Die Saudischen Liberalen) kritische Artikel über die Kleriker in Saudi Arabien veröffentlicht hatte. Dieser Blog ist seitdem geschlossen. Die Linientreuen wollten ihn wegen Glaubensabfall verklagen, was in Saudi Arabien die Todesstrafe zur Folge hat; doch stattdessen wurde er nur der „Beleidigung des Islam“ beschuldigt, wofür es eine geringere Strafe gibt.

So wurde er im Mai 2014 zu 10 Jahren Gefängnis, 1 000 Peitschenhieben und 266 000 US-Dollar Geldstrafe verurteilt. Es war geplant, dass er am 16. Januar 2015 weitere 50 Peitschenhiebe bekommen sollte. Die Auspeitschung wurde aber – laut Amnesty International - verschoben, damit seine Wunden heilen sollten.

Der Experte für Saudi Arabien bei Amnesty International, Sevag Kechichian, sagte:

„Wenn man sagt, dass das, was in Paris geschah, ein Angriff auf die

Ausdrucksfreiheit ist, dann könnte man auch sagen, dass das, was gerade mit Raif passiert, ebenfalls ein Angriff auf die Ausdrucksfreiheit ist.“

Nur wenige Tage nach den Anschlägen in Paris nahm der saudische Staatsminister für ausländische Angelegenheiten an dem riesigen Marsch teil, der durchgeführt wurde, um die Redefreiheit zu unterstützen und die Opfer zu ehren. Zwei Tage zuvor war Badawi in Dschidda, einer Stadt am Roten Meer, ausgepeitscht worden.

Aktivisten und Rechtsanwälte sagen, dass die strenge Anwendung des Scharia-Rechts im saudischen Königreich bei Widerständlern Teil einer Bemühung ist, die religiösen Konservativen zu beschwichtigen, welche wichtige Unterstützer des Kampfes gegen sunnitische Extremisten im Land sind.

Kechichian sagte:

„Die Verhaftung und Auspeitschung von Badawi war ein Geschenk, um diese Linientreuen zu besänftigen.“

Im Jahr 2014 hatten die leitenden Kleriker im Königreich eine strenge Verordnung, ein *fatwa*, gegen al-Qaida und die Gruppe „Islamischer Staat“ erlassen. Dieses Dekret gab den Bemühungen von König Abdullah, den Islamischen Staat als Teil einer von Amerika geleiteten Koalition zu bekämpfen, starke Rückendeckung.

Saudi Arabien erließ im Jahr 2014 ein weitreichendes Anti-Terrorismusgesetz, was versuchen soll, seine Bürger davon abzuhalten, sich extremistischen Gruppen anzuschließen, welche die Monarchie, die mit dem Westen verbündet ist, zu Fall bringen wollen.

Doch Kritiker, die gegen die Bekämpfung von Widerständlern sind, zeigen auf, dass öffentliche Hinrichtungen auch von al-Qaida und ISIS durchgeführt werden.

Das amerikanische Außenministerium sowie der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte haben die saudischen Autoritäten dazu aufgerufen, die Bestrafung von Badawi aufzuheben. Der saudische königliche Gerichtshof hatte den Fall im Dezember 2014 den Richtern des Obersten Gerichtshofs zur Untersuchung übergeben.

Generalmajor Mansour al-Turki, der Sprecher des Innenministeriums, gab keinen Kommentar zu dem harten Durchgreifen ab, sagte aber gegenüber von „The Associated Press“, dass sein Ministerium nicht in solche Fälle involviert sei.

Der saudische Rechtsanwalt Abdulaziz AlHussan erklärt:

„Saudische Rechtsanwälte sagen, dass das Scharia-Recht im Hinblick auf die Redefreiheit weit davon entfernt sei, absolut zu sein. Es gibt kein geschriebenes Gesetz, welches festlegt, was eine Beleidigung des Islam darstellt oder welche Bestrafung für Fälle von politischem Widerstand erfolgen soll. Manche Richter verhängen eine extrem harte Strafe, ohne Einschränkung und ohne Haftungsumfang.“

Es ist also völlig unklar, ob die saudischen Behörden auf den internationalen Druck im Fall von Badawi oder in denen der zwei saudischen Frauen reagieren, die sich im Dezember 2014 gegen das Verbot von weiblichen Autofahrern ausgesprochen hatten. Die beiden Frauen waren angeklagt worden, auf Twitter die öffentliche Meinung aufgehetzt zu haben. Sie wurden einem Gerichtshof übergeben, der dazu eingerichtet wurde, um über Fälle von Terrorismus zu richten. So lauten jedenfalls die Aussagen der Familien dieser beiden Frauen.

Zu denen, die mit den Behörden in Konflikt geraten sind, zählt auch Waleed Abul-Khair, ein Anwalt für Menschenrechte, der Badawi vor Gericht verteidigt hat. Abul-Khair wurde von einem Anti-Terrorismus-Gericht unter dem neuen Anti-Terrorismus-Gesetz folgender Vergehen für schuldig befunden worden:

- Untergrabung von Regierungsbeamten
- Aufhetzung der öffentlichen Meinung
- Beleidigung der Justizgewalt

Er wurde zu 15 Jahre Gefängnis verurteilt, wobei ihm die Möglichkeit eingeräumt wurde, nach 10 Jahren bedingte Strafaussetzung zu beantragen.

Ein Richter bestand jedoch darauf, dass Abul-Khair seine vollen 15 Jahre absitzen sollte, nachdem der Verurteilte die Rechtsprechung des Gerichts im Hinblick auf friedliche Widerständler angefochten hatte.

Samar Badawi, die Ehefrau von Abul-Khair und die Schwester von Raif Badawi, teilte über Skype von Dschidda aus „The Associated Press“ mit:

„Die gegenwärtige Situation ist einfach die, dass Saudi Arabien Menschenrechts-Aktivisten und friedlichen politischen Aktivismus unterdrückt. Wir sind nicht gegen die Regierung und wollen auch nicht, dass sie gestürzt wird. Doch wir fordern bürgerliche und politische Rechte, eine verfassungskonforme Monarchie, ein gewähltes Parlament und eine unabhängige, gerechte Justiz.“

Ende des Artikels

Weiter mit dem Video

<https://www.rt.com/usa/328337-white-house-counter-terrorism-propaganda/>
9. Januar 2016

Weißes Haus kündigt umgearbeitete Anti-Terrorismus-Propaganda-Kampagne an

Der Direktor des Rats für Nationale Sicherheit des Weißen Hauses, Ned Price, kündigte am 9. Januar 2016 an:

„Das neue Einsatzkommando, das den gewalttätigen Extremismus bekämpfen soll, wird verschiedene bundesstaatliche Bemühungen integrieren und vereinheitlichen, welche die Terroristen-Rekrutierung neutralisieren soll.“

Die Projektgruppe wird zusammenarbeiten mit:

- Technik-Experten
- Dem Heimatschutz-Ministerium
- Dem Bundesamt für Ermittlung
- Dem nationalen Anti-Terrorismus-Zentrum
- Anderen Ministerien des Rechts

Der Sekretär vom Heimatschutz, Jeh Johnson, sagte:

„Die Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus ist für einen Heimatschutz zwingend. Und es ist ein Dienst, dem ich mich persönlich verschrieben habe. Die Einsatztruppe wird die besten Ressourcen und das beste Personal des exekutiven Bereichs zusammenbringen, um sicherzustellen, dass wir uns in einer vereinigten und koordinierten Methodik der Herausforderung des gewalttätigen Extremismus stellen.“

Reuters erklärte, dass es nach dieser Ankündigung etwas gab, was die Regierungsbeamten ein „technologisches Brainstorming-Meeting“ nennen. Dieses Treffen von Beamten und Geschäftsführern von technischen Unternehmen fand in einem Regierungsbüro neben der City Hall in San Jose statt. Auf der Tagesordnung stand:

- Diskussionen darüber, wie man die Internet-Nutzung für Terroristen verhindern kann
- Die Organisation der Rekrutierung zu erschweren
- Das Aufgreifen von terroristischen Botschafts-Mustern
- Die Produktion von Gegen-Propaganda

- Der Umgang mit Chiffrierung

Zu den bundesstaatlichen Teilnehmern gehörten:

- Der Sekretär vom Heimatschutz, Jeh Johnson
- Der Direktor der nationalen Sicherheitsbehörde Mike Rogers
- Der Stabschef des Weißen Hauses Denis McDonough
- Der FBI-Direktor James Comey
- Die Generalbundesanwältin Loretta Lynch
- Die Assistentin des Präsidenten der Behörde für Anti-Terrorismus und Heimatschutz Lisa Monaco
- Chef der Technologie-Behörde Megan Smith
- Führungskräfte von Facebook, Google, LinkedIn, Microsoft, Twitter und Yahoo sowie Apple-Chef Tim Cook

Ein Facebook-Sprecher teilte Reuters nach dem zweistündigen Treffen mit:

„Wir haben unsere Politik erklärt und wie wir sie umsetzen wollen. Facebook toleriert keine Terroristen oder terroristische Propaganda. Und wir werden aggressiv dabei vorgehen, diese zu entfernen, sobald wir davon Kenntnis bekommen.“

Ein separates Büro, das Global Engagement Center (Globales Einsatz-Zentrum), wird vom Außenministerium eingerichtet. Dabei wird der Fokus auf die 'Ermächtigung' anderer Partnergruppen gelegt, die Anti-Terroristen-Propaganda-Kampagnen durchführen und veröffentlichen.“

Das ist Schritt 2, den das Außenministerium unternommen hat, wobei es im Dezember 2015 einen geheimen Untersuchungsausschuss mit „ernsten Fragen darüber, ob die US-Regierung überhaupt in das offene Nachrichtensystem involviert sein sollte“ zurückgelassen hat. Während die früheren Anti-Terror-Produktionen das Hoheitszeichen des Staates trugen, wird das bei zukünftigen Nachrichtensystemen nicht mehr der Fall sein. Stattdessen wird eine Strategie angewandt, bei der man andere Sprachen als Englisch gebraucht, um nicht nur terroristische Propaganda zu vereiteln, sondern auch „positive Alternativen“ zu präsentieren.

Ende des Artikels

Weiter mit dem Video

Dieselben Institutionen, welche sich an dieser Massen-Überwachung des amerikanischen Geheimdienstes beteiligen wollen, verfolgen nun Blasphemisten im Internet.

http://www.nytimes.com/2015/12/11/technology/mark-zuckerberg-of-facebook-reassures-muslim-users.html?_r=0
10.Dezember 2015

Mark Zuckerberg schrieb im Jahr 2013 von seinem Facebook-Hauptquartier in Menlo Park/Kalifornien:

„Ich möchte auch mit meiner Stimme die Muslime und den Islam in meinem Unternehmen und auf der ganzen Welt unterstützen.“

Diese Aussage kam seinem Unternehmen sehr zugute, denn Facebook wird täglich von über 1 Milliarde Nutzern in Anspruch genommen, wobei viele von ihnen Muslime sind. Auf seiner eigenen Facebook-Seite gibt er sich als Menschenfreund.

Weiter schrieb er:

„Nach den Anschlägen in Paris und nach all dem Hass von dieser Woche, kann ich mir die Furcht vorstellen, welche die Muslime davor haben, für die Aktionen von Anderen verfolgt zu werden.“

Ende des Artikels

Weiter mit dem Video

<http://www.thelocal.de/20150928/zuckerberg-promises-merkel-hell-fight-hate-comments>
28.September 2015

Zuckerberg beruhigt Merkel im Hinblick auf Hass-Rede

Der Facebook-Gründer Mark Zuckerberg sagte am Samstag zur Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihres Treffens am Rande des UNO-Gipfels zur Nachhaltigen Entwicklung in New York, dass das soziale Netzwerk mehr tun wird, um rassistische Kommentare zu bekämpfen.

Facebook war in Deutschland viel dafür kritisiert worden, während der Flüchtlingskrise nicht genug dafür getan zu haben, um Hass-Rede im Netzwerk abzustellen. Auch Justizminister Heiko Maas ist eine führende Stimme, die zu einer besseren Moderation des Internets aufruft. Bei einem Treffen mit Maas zuvor im September, als der Minister eine schnellere Vorgehensweise bei der Entfernung von Hass-Rede forderte, hatte Facebook

zugestimmt, eine Arbeitsgruppe zusammenzustellen, die sich mit diesem Problem beschäftigen sollte.

Außer der deutschen Regierung rufen jetzt auch andere führende Stimmen nicht nur zur Moderations-Verbesserung für soziale Netzwerke auf, sondern ermutigen auch die Normalbürger dazu, Hass-Rede zu bekämpfen.

Im August 2015 machte die Nachrichtensprecherin Anja Reschke Schlagzeilen, als sie die Zuschauer dazu aufrief, sich im Internet gegen die Verbreitung von rassistischem Hass gegen Flüchtlinge zu stellen:
http://www.kleinezeitung.at/s/kultur/4794147/HassPostings_TageschauKommentar_Aufstand-der-Anstaendigen.

Zuvor hatte der Sender SWR verkündet, dass er der Polizei einen Facebook-Nutzer gemeldet hat, nachdem dieser bedrohliche Kommentare zu Flüchtlingsgeschichten geschrieben hatte.

<http://www.thelocal.de/20151215/internet-giants-pledge-to-battle-online-hate-speech>
15.Dezember 2015

Internet-Riesen schwören, die Online-Hass-Rede zu bekämpfen

Deutschland verkündete am 15. Dezember 2015, dass es einen Vertrag mit den Giganten des sozialen Netzwerks Facebook, Twitter und Google geschlossen hat, um gegen Hass-Rede rigoros vorzugehen. Daraufhin haben die Internet-Unternehmen gelobt, beleidigende Beiträge im Netz innerhalb von 24 Stunden zu entfernen.

Der Druck, in Aktion zu treten, hat auf die amerikanischen Firmen in Deutschland zugenommen, nachdem die Anzahl von ausländerfeindlichen und rassistischen Kommentaren im Internet explodierte, zusammen mit denen der Rechten, welche auf die Rekordzahlen der Asyl-Suchenden abzielten, welche in diesem Jahr nach Deutschland gekommen waren.

Alarmiert durch die Erhöhung der Internet-Beiträge, die zu rassistischem Hass und Gewalt aufhetzen, hatte der deutsche Justizminister Heiko Maas gewarnt, dass die sozialen Netzwerke „nicht zu einem Jahrmarkt der Rechten werden darf.“

Der Justizminister Heiko Maas sagte:

„Am 15. Dezember 2015 verpflichteten sich Facebook, Twitter und Google dazu illegale Inhalte sofort, innerhalb von 24 Stunden zu

entfernen. Beschwerden darüber werden von Spezial-Teams geprüft. Und der Richtwert dabei wird das deutsche Gesetz sein und nicht mehr länger die Nutzungsbestimmungen der einzelnen Netzwerke. Die drei amerikanischen Firmen haben auch gelobt, es für Nutzer leichter zu machen, beleidigende Beiträge zu melden. Es wird auch ein Überwachungsmechanismus eingeführt, der überprüft, ob das System funktioniert.“

Die drei Internet-Riesen haben zugestimmt, eine Partnerschaft mit dem FSM einzugehen, dem Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Dienst Anbietern einzugehen.

Doch Kritiker beschwerten sich sofort, dass Maas dabei versagt hatte, das zu erreichen, was er sich vorgenommen hatte, als er angekündigt hatte, eine gemeinsame „Einsatztruppe“ zu schaffen, um Hass-Rede im Internet zu bekämpfen.

Die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckhardt teilte Spiegel Online mit:

"Maas ist vor Facebook und Co. eingeknickt. Heiko Maas nennt rechte Straftaten beschämend, aber fast genauso beschämend ist es, dass sein Ministerium nichts gegen Hetze im Netz tut."

Im September hatte Göring-Eckardt von Facebook ein stärkeres Vorgehen gegen Hassbotschaften gefordert - mit einem Video, in dem sie Kommentare vorliest, die auf ihrem Facebook-Profil gepostet wurden.

http://www.focus.de/politik/videos/fraktionschefin-liest-hass-kommentare-euer-dreck-spornt-mich-an-katrin-goering-eckhardt-hat-klare-botschaft-fuer-internet-hetzer_id_4939952.html

Es gibt kein Anzeichen für ein Deutsch sprechendes Team bei Facebook, von dem Maas anfänglich gefordert hatte, dass es zusammengestellt werden sollte.

<http://www.jihadwatch.org/2016/03/uk-man-arrested-for-asking-muslim-woman-to-explain-brussels>

24.März 2016

Mann wurde in Großbritannien verhaftet, weil er eine muslimische Frau gebeten hat, ihm „Brüssel zu erklären“

Unter Umständen war Matthew Doyle etwas vorlaut, als er eine Fremde ansprach – oder wie es in seiner späteren Version hieß – höflich bat, ihm etwas zu erklären, in das sie nicht involviert war. Er hat etwas ungeschickt seine Frustration darüber ausgedrückt, was viele Nicht-Muslime über das

allgemeine Versagen der muslimischen Gemeinschaften im Westen fühlen, die nämlich so gut wie nichts unternehmen, um die Dschihad-Gewalt zu stoppen, von der sie behaupten, dass sie diese verurteilen. Wo – das habe ich schon Hunderte Male gefragt – sind die Programme, die junge Leute davon abhalten sollen, an dem festzuhalten, was der Islamische Staat unter dem Islam versteht? Wenn sie wirklich dieses Verständnis ablehnen, dann sollte davon doch überall etwas zu spüren sein.

Man könnte Doyle für anstößig, unzivilisiert, ungeschickt oder für sonst was halten. Aber ihn deswegen zu verhaften, ist einfach schockierend, und es demonstriert, wie sehr Großbritannien entartet ist. **Gilt es jetzt als ein Verbrechen, eine Person muslimischen Glaubens vorlaut oder ungeschickt auf der Straße anzusprechen? Wenn dem so ist, dann ist Großbritannien auf dem besten Weg, auch den Rest des Scharia-Rechts anzunehmen, und seine Tage als freie Nation sind vorüber. Wie viele Muslime sind in Großbritannien dafür verhaftet worden, dass sie Nicht-Muslimen einfache Fragen gestellt haben?**

Im „Telegraph“ erschien am 23. März 2016 ein Artikel mit der Schlagzeile **„Mann aus Croydon wurde verhaftet, nachdem er eine Muslima angesprochen und sie gebeten hatte, ihr „Brüssel zu erklären“**. Darin heißt es:

„Ein Mann, der auf Twitter beschrieben hat, wie er am 22. März 2016 eine Muslima auf der Straße angehalten und sie herausgefordert hatte, ihr 'Brüssel zu erklären' und deswegen auf Twitter wegen seines Kommentars viel Prügel einstecken musste, hat heute auf diese Kritik geantwortet, um darauf zu bestehen, dass er kein 'Kaufmann des rechten Flügels ist'.

Matthew Doyle, der Partner einer Filiale von 'talent & PR'-Agentur, die ihren Sitz im Süden Londons hat, schrieb am Morgen des 23. März 2016 auf Twitter:

'Gestern habe ich eine muslimische Frau in Croydon angehalten und sie gebeten, mir Brüssel zu erklären. Sie sagte: 'Das hat nichts mit mir zu tun.' Eine unaufrichtige Antwort.'

Er wurde später verhaftet

Sein Twitter-Beitrag bezog sich auf die gestrigen Bombenattentate auf den Flughafen und das Metro-System in Belgiens Hauptstadt, bei denen 34 Menschen getötet und 198 verletzt wurden. Sein Eintrag wurde rasend schnell bekannt, und es gab darauf Hunderte von Antworten darauf, bis er ihn schließlich löschte.

Herr Doyle teilte 'The Telegraph' mit, dass er keine Vorstellung davon hatte, dass sein Twitter-Eintrag wie eine 'Hand-Granate' einschlagen würde, als die er sich erwiesen hat und dass er mit den begrenzten 140 Zeichen diese Begegnung nicht so klingen lassen konnte, wie er es beabsichtigt hatte. Er sagte:

'Was wohl jeder darüber falsch verstanden hat, war, dass ich diese Frau nicht konfrontiert habe. Ich habe lediglich gesagt: 'Entschuldigen Sie bitte, darf ich Sie fragen, was Sie über den Vorfall in Brüssel denken?' Sie war weißhäutig und britisch, trug einen Hijab – und sie sagte zu mir, dass dies nichts mit ihr zu tun hätte. Darauf sagte ich: 'Danke, dass Sie mir das erklärt haben' – und ihr kleiner Junge sagte: 'Auf Wiedersehen', als wir auf getrennten Wegen weiterzogen.

Am Mittwochnachmittag erschien jemand, der erbost über meinen Eintrag war, an meiner Tür, beschimpfte mich heftig und versuchte, mir einen Schlag zu verpassen.“

Daraufhin schrieb er noch weitere aufhetzerische Twitter-Beiträge. Doch Herr Doyle behauptet, dass sie als Witz gedacht waren, was die Leute wüssten, die ihn kannten. Sie würden wissen, 'dass ich absolut nicht so bin'.

Er sagte: 'Ich bin kein Kaufmann des rechten Flügels. Ich bin kein Sprachrohr für irgendeine Form von Rassismus oder Radikalismus. Wenn ich ausländerfeindlich wäre, würde ich nicht in London wohnen.

Ich habe einen muslimischen Nachbarn, bei dem eingebrochen wurde. Und ich war einer der Ersten, der ihm geholfen hat.'

Jedoch, sagt er, dass er glaubt, dass Muslime nicht genug tun, um sich gegen den Terrorismus auszusprechen.

'Der Horror, der in Brüssel passiert ist, könnte sich genauso gut hier ereignen. Und man ist naiv, wenn man glaubt, dass London nicht auf irgendeiner Terroranschlags-Auswahlliste steht.“

Kurz danach wurde er verhaftet.

Doch es gibt tatsächlich Muslime, denen auch so langsam der Kragen platzt. Da ich nicht glaube, dass dieses Video lange im Internet bleiben wird, habe ich es hier abgeschrieben:

<https://www.youtube.com/watch?v=BliBBAgdoL4#t=11>
23.März 2016

Ägyptischer Fernsehmoderator Omer Adib zu Anschlägen in Brüssel

Er wird von den Fundamentalisten mit dem Tod bedroht. Auch die Regierung versucht gerade, ihn wegen „Gotteshlästerung“ zu verurteilen. Er äußert sich in seiner Sendung, die bald verboten wird, zu den Terrorattacken vom 22. März 2016 in Brüssel wie folgt:

„Keine Ausrede! Die Terroristen sind Muslime. Sie handeln nach dem Islam, ob wir das nun wahrhaben wollen oder nicht. Ihr hasst die Wahrheit! Alle schreien: 'Die Terroristen sind keine Muslime.' Nein, ihr lügt. Sie sind Muslime, und sie sind mitten unter uns.

Wer in Ägypten Unschuldige tötet, das sind Muslime. Und der muslimische Brite und der muslimische Franzose: Woher hat er diese Mörder-Ideologie? Von uns Muslimen, vom Islam.“

Seine Kollegin sagt:

„Vom Islam? Das kann doch nicht wahr sein.“

Omer Adib:

„Doch! Das ist unser kranker Islam. Das ist die Wahrheit. Unsere Religion ist voll mit diesen menschenverachtenden Lehren. Das sind die kranken islamischen Strömungen. Du musst das einsehen.“

Seine Kollegin:

„Das kommt doch von einzelnen Radikalen, oder nicht?“

Omer Adib:

Blödsinn! Das ist ISLAM PUR. Gäbe es diese Strömungen innerhalb des Islam nicht, hätte ein Terrorist keine Chance.“

Seine Kollegin:

„Diese Muslime werden missbraucht, politisch missbraucht.“

Omer Adib:

„Blödsinn! Diese menschenverachtenden Strömungen sind ein BESTANDTEIL DES ISLAM. Wir wachsen mit diesen Lehren auf. Diese Lehren sind ein Teil unserer kranken Psyche. Für diese Mörder gilt: Uns und

alle Menschen zu töten.

Der Islamische Staat in Syrien, wer ist er? Sagt mir nicht, dass sie keine Muslime sind. Sie sind es. Auch die im Irak sind Muslime. Alle, welche die Jesiden und andere abschlachten, Kinder und Frauen vergewaltigen, sind wir, die Muslime. Das ist die üble Geschichte unseres Islam.

Muslime, alle sind Muslime; auch die, welche vor 1 400 Jahren Hussein getötet haben, waren Muslime. Wir haben vor 1 400 Jahren den Verstand getötet und dürfen uns von daher nicht über diese von uns verübten Verbrechen wundern.“

Seine Kollegin:

„Darum geht es nicht. Ich will noch einmal betonen: Unsere Muslime werden missbraucht und in die Irre geleitet. Der Westen benutzt und missbraucht unsere Muslime für seine eigenen Ziele.“

Omer Adib:

„Blödsinn! Niemand kann dich benutzen und missbrauchen, wenn du gesund bist. Warum werden Angehörige anderer Religionen nicht ebenfalls 'missbraucht'?“

Seine Kollegin:

„Okay, es scheint so zu sein.“

Omer Adib:

„Warum nur verüben wir solche Schandtaten, warum? Dieser muslimische Mann aus Amerika tötete 18 Menschen in einem Behindertenzentrum – Behinderte! 18 Menschen in einer Sozialstation erschossen! Wie krank muss er gewesen sein? Er tötete sie und schrie dabei: 'Allahhu Akbar!' (Allah ist am größten!) Und ihr wollt mir sagen, dieser Mörder ist nicht ein Muslim aus unserer Mitte? Blödsinn! Ihr versucht, alles zu rechtfertigen, um zu beweisen, dass er kein Muslim gewesen sei.

Blödsinn! Er hat ALS MUSLIM gemordet – BASTA! Das ist die bittere Wahrheit!

In unserer Religion existieren diese Verbrechen-Lehren, und sie werden weitverbreitet. Die Muslime töten per Befehl aus dem Internet, weil wir diese Lehren haben. Unsereins liest einen Artikel, geht auf die Straße und tötet. Hört mir zu! Das ist die bittere Realität. Der Muslim beschließt, sein Leben zu beenden. Selbstmord für Allah! Wie krank und fanatisch muss er

sein? Er weiß, dass er gleichzeitig damit auch Kinder, Frauen und Männer tötet. Ihm ist es egal, ob Muslime, Araber etc darunter sind. DAS IST DIE WAHRHEIT! Wann sehen wir das ein, statt uns seit 1 400 selbst zu belügen?

Wir sind nicht dazu fähig, uns selbst zu regieren. Wir können mit unserer Religion NICHT in Harmonie leben. Wir werden von der Korruption innerlich zerfressen. DAS IST UNSERE ARABISCHE WELT!!!!!!!

Wacht auf, und erkennt diese Realität an, Leute! WACHT AUF!!!!!!“

Fortsetzung folgt ...

Mach mit beim [http://endzeit-reporter.org/projekt/!](http://endzeit-reporter.org/projekt/)*

Bitte beachte auch den Beitrag In-eigener-Sache